

Souveränitätsverlust für EU-Länder

**Finanzminister Wolfgang Schäuble sagte auf dem Internationalen Bankenkongress in Frankfurt/Main am 18. Nov. 2011: „Diese Fiskalunion kommt innerhal...**

Finanzminister Wolfgang
Schäuble sagte auf dem Internationalen
Bankenkongress in
Frankfurt/Main am 18. Nov. 2011:
„Diese Fiskalunion kommt innerhalb
von 24 Monaten.“ Unter Fiskalunion
ist zu verstehen, dass die
EU Macht erhält, die Wirtschaftsund
Finanzpolitik aller EU-Staaten
zu bestimmen. Die Deutschen hätten
keinen Grund, sich über den
Verlust der Souveränität aufzuregen,
da sie schon seit dem 8. Mai
1945 nicht mehr wirklich souverän
seien. Des weiteren bezeichnete
Schäuble das Festhalten am Souveränitätsgedanken
der Nationalstaaten
als einen Rückfall in das letzte
Jahrhundert.

**von mb**

**Quellen:**

Politische Hintergrundinformationen Nr. 33-34/2011, Seite 261

**Das könnte Sie auch interessieren:**

---

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.